1. Ausgabe

Antiserum

Publikation der Sol für ein öffentliches Gesundheitswesen nach Bedarf, nicht für Profit

Protestieren statt frieren – auch im Gesundheitswesen

Es reicht. Wenn wir uns nicht wehren, ändert sich nichts.

Von Dorit Hollasky, Klinikum Dresden
Sprecherin ver.di-Betriebsgruppe*

Seit der Einführung der Fallpauschalen geht es nur noch ums Geld: immer mehr Fälle sollen in immer kürzerer Zeit von möglichst wenig Personal behandelt werden. Immer mehr Krankenhäuser wurden außerdem privatisiert, um Profite zu erwirtschaften. In den letzten Jahren kam noch Corona dazu, wo es außer Applaus nur noch mehr Arbeitshetze gab. Gratis dazu die tägliche Gefahr zu erkranken.

Und nun die Inflation. Die eh schon mickrigen Löhne sind immer weniger wert. Pflegekräfte verlassen nach durchschnittlich acht Jahren den Beruf, weil sie es nicht mehr aushalten. Es wird dringend Zeit, sich zu wehren. Die ganze Zeit wurde nur darüber geredet, dass wir systemrelevant sind, aber es wurde nichts für eine spürbare Verbesserung getan. Egal, ob die Politiker Spahn oder Lauterbach heißen, wir können uns auf ihre Versprechungen nicht verlassen! Wir brauchen mehr Geld – und die Preise müssen sinken! In den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen darf es nicht mehr um Effizienz und Profit gehen, sondern um eine bedarfsgerechte Versorgung.

Deshalb müssen wir uns organisieren und weiterkämpfen für:

- mehr Personal und eine gesetzliche, bedarfsgerechte Personalbemessung
- deutlich höhere Löhne
- mindestens plus 500 Euro monatlich
- staatliche Preisobergrenzen bei Energie und Lebensmitteln
- Umverteilung im viertreichsten Land der Erde
- für eine Reichensteuer, gegen Verschwendung von öffentlichen Geldern für die Rüstung
- Krankenhaus-, Energie- und Immobilienkonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- eine Gesellschaft und Wirtschaft, in der die Menschen zählen und nicht die Profite

Sol

Nicht in aller Stille! Dresdner Bündnis für Pflege am Tag der Altenpflege

Die Situation in der Altenpflege ist erschütternd: Noch etwa sechs bis acht Jahre bleiben Beschäftigte im Schnitt in der Altenpflege, dann verlassen sie oftmals resigniert und erschöpft den Beruf. Zeit, dass sich grundlegend etwas ändert. Ein Bericht vom Tag der Altenpflege in Dresden

.

Von Steve Hollasky, Dresden

Vor Jahren rief die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) den Tag der Altenpflege für den 16. November aus. In diesem Jahr zeigte das Dresdner „Bündnis für Pflege“ am Vorabend des Tags der Altenpflege den selbst gedrehte Film „Das Schweigen beenden“ im Zentralkino. Im Film berichten vier Altenpflegerinnen über ihren Beruf und die Auswirkungen von Profitstreben und Privateigentum bei Senior*innenwohnheimen*. Anschließend wurde über notwendige Forderungen diskutiert: ein Flächentarifvertrag in der Altenpflege, Pflege in öffentliches Eigentum, demokratisch kontrolliert durch Pflegekräfte, Gepflegte und Angehörige und eine verbindliche Personalbemessung nach realem Bedarf.

Bündnis eine öffentliche Lesung an der Frauenkirche unter dem Motto „Nicht in aller Stille“. Künstler*innen lasen Texte von Beschäftigten und Angehörigen vor beziehungsweise setzten sie musikalisch in Szene. Es wurde von schönen und mitnehmenden Ereignissen im Pflegealltag berichtet, von Pflegekräften, die zu geschafft sind, um nette Worte zu finden und die sich deswegen immer wieder Vorwürfe machen. Die Texte erzählten von Angehörigen, die um ihre Verwandten trauerten und von der Notwendigkeit sich im Kampf um bessere Bedingungen in der Pflege in kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften zu organisieren. Denn letztlich bleibe nur der Weg, so stellten Mitglieder des Bündnisses in ihren Reden fest, Verbesserungen zu erkämpfen, geschenkt gäbe es nichts.

*Für Infos zum Film bitte an die Redaktion schreiben

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind gewerkschaftlich aktive Kolleg*innen im Gesundheitswesen und in der Pflege und Mitglieder der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol). Die Sol kämpft für:

- bessere Arbeitsbedingungen und Löhne in den Krankenhäusern und in der Pflege
- Milliarden für Gesundheit und öffentliche Daseinsvorsorge, nicht für Rüstung
- bedarfsgerechte Personalbemesssung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- Abschaffung von Wettbewerbs- und Profitprinzip: Keine Privatisierung. Stattdessen Rekommunalisierung privatisierter Häuser und Wiedereingliederung ausgegliederter Betriebsteile. Überführung privater Klinik-, Pflege- und Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und Patient*innen.
- eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft ver.di

Seit der Corona-Pandemie, die deutlich gemacht hat, wie marode das Gesundheitswesen ist, hat es keine Verbesserungen gegeben. In diesem krisengeschüttelten kapitalistischen System, in dem wir leben, kann es kein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen geben.

Kapitalismus bedeutet für die gesamte Gesellschaft: Krise, Kriege, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv und bauen eine internationale, sozialistische Organisation auf. Wir treten für den Aufbau einer massenhaften politischen Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse ein, wie auch für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

Für uns gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Wir sind Teil der weltweiten sozialistischen Organisation Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale. Mehr auf www.solidaritaet.info

Für unsere Publikation schreiben auch Kolleg*innen, die mit der Sol in engem Kontakt stehen.

Kontakt:
info@solidaritaet.info,
Tel. 030 247 238 02

Sol

Die Reformlügen des Karl Lauterbachs Wir müssen weiterkämpfen!

Die geplante Krankenhausreform bedeutet weitere Kürzungen anstatt einen dringend nötigen Ausbau im Gesundheitswesen. Auf Entlastung können wir dabei nicht hoffen.

Von Anne Pötzsch, Gesundheits- und Krankenpflegerin für Intensivmedizin und Ver.di-Aktive, Dresden

Lauterbach spricht sich für einen „effizienteren" Einsatz von Pflegekräften aus - ganz so als seien sie Werkstücke oder Maschinen. Mehr operative Eingriffe sollten seiner Meinung nach ambulant vorgenommen werden. Zudem möchte er Krankenhäuser schließen. Vor allem in Ballungsgebieten sieht er eine Überversorgung. Anstatt für eine bessere Versorgung mehr Personal einzustellen, soll also weiter eingespart werden!

Mit PPR 2.0 (Pflegepersonalregelung), einem Teil der Krankenhausreform, soll ein Personalbemessungssystem eingeführt werden, welches den Personalbedarf ermittelt. Bei Unterschreitung desselben soll es aber keine Entlastungen für das Pflegepersonal geben. Auch ist die PPR 2.0 ausschließlich für bettenführende Stationen/Bereiche vorgesehen. Kreißsäle, Rettungsstellen, und ambulante Bereiche in den Klinken werden nicht beachtet, obwohl diese Bereiche ebenfalls Entlastung und gesicherte Personalbesetzungen benötigen. Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene dürfen die gesetzlichen Vorgaben allerdings unterlaufen.

Die Pflege und viele anderen Berufe in den Kliniken benötigen nicht nur gesetzliche Vorgaben der Versorgungsqualität, sondern auch bessere Vergütungen und Arbeitsbedingungen. Es muss wieder zur Perspektive werden für junge Menschen, in die Pflege zu gehen, und dort ihr gesamtes Berufsleben zu verbringen.

Die Gewerkschaft ver.di sollte mit Unterstützung des DGB den Kampf für Tarifverträge für Entlastung mit einer großen gesellschaftlichen Kampagne verbinden - für ein Gesundheitssystem nach Bedarf statt nach Profitinteressen, für ausreichend Personal auf der Grundlage von besserer Bezahlung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, für Milliarden in das Gesundheitssystem anstatt in Rüstung. Um eine solche Kampagne zu diskutieren und zu planen, sollten Aktive aus den Kämpfen der letzten Jahre auf einer Konferenz zusammengebracht werden.

Anne Pötzsch, am Tag der Pflege in RLP

Klinikum Bremen Ost Schließung durch die Hintertür verhindern!

Das Klinikum Bremen-Ost (KBO) ist ein Krankenhaus der Stadt Bremen in Bremen-Osterholz, mit rund 900 Betten und 1800 Beschäftigten. Es gehört wie drei weitere Kliniken dem Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) an.

Von Ariane Müller, Intensivkrankenschwester und Betriebsrätin am KBM*

Die Geschäftsführung der GeNo kündigt nun die Verlagerung von einzelnen Bereichen wie die Unfallchirurgie, Notaufnahme und Erstversorgung von Patient*innen ins Klinikum Bremen Mitte (KBM) an. Schon jetzt führen die Meldungen über eventuelle Schließungen von Teilbereichen dazu, dass Personal abwandert und kein neues Personal nachkommt. Man fragt sich, ob so scheibchenweise die Schließung des Standortes durch die Hintertür vorbereitet wird. Der Bedarf an der Versorgung der Bevölkerung im Stadtteil und niedersächsischen Umfeld wird dabei ignoriert. Claudia Bernhardt, Gesundheitssenatorin (LINKE) und Mitglied des Aufsichtsrats der GeNo, hat bisher nichts gegen die Pläne unternommen und es versäumt, sich öffentlich dagegen zu positionieren.

Auch im KBM gibt es massiven Personalmangel. Patient*innen liegen oft weit über 10 Stunden (!) in der zentralen Notaufnahme. OP`s werden häufig kurzfristig abgesagt, weil sie anschließend nicht aufgenommen werden können. Viele Betten können wegen dem eklatanten Personalmangel nicht betrieben werden. Das KBM ist auch jetzt schon baulich zu klein, um den weiteren Bedarf aufzufangen.

Die Beschäftigten, der Betriebsrat, der Beirat (Stadtteilparlament) und die Bevölkerung fühlen sich von diesen Entscheidungen übergangen und sieht die ärztliche Versorgung im Stadtteil gefährdet. Weitere Proteste sind angekündigt.

*Angaben dienen nur zur Kenntlichmachung der Person

Pflegeausbildung: ein Drittel wirft das Handtuch

In den Krankenhäusern fehlen rund 200.000 Pflegekräfte und laut dem Institut für Wirtschaft in Köln werden es bis 2035 schätzungsweise 300.000 Pflegekräfte sein.

Von Björn, Pflege-Azubi

Der bestehende Personalmangel macht sich auch bei den Auszubildenden bemerkbar. Viele der Auszubildenden sind überlastet und überfordert. Auszubildende werden teilweise wie examinierte Kräfte eingesetzt, obwohl sie die fachliche Kompetenz dafür noch nicht haben. Durch die hohe Belastung ist es auch oft schwierig, nach der Arbeit abzuschalten.

Die Überforderung drückt sich auch in der hohen Abbruchquote von 30 Prozent aus. Doch damit nicht genug. Auch die Praxisanleitung leidet darunter. Entweder sind Praxisanleiter*innen in anderen Schichten eingesetzt oder es gibt zu wenige für zu viele Auszubildende. Vielen macht auch die Diskrepanz zwischen dem, was in der Pflegeschule gelehrt wird und dem, wie es im Stationsalltag umgesetzt wird, zu schaffen. Man kann sich nicht wirklich mit den Patient*innen beschäftigen, auf ihr Ängste und Sorgen eingehen. Auch grundlegende Hygienemaßnahmen müssen auf Grund des hohen Zeitdrucks vernachlässigt werden.

Fazit: Vor allem der Personalmangel sorgt dafür, dass Qualität der Ausbildung massiv leidet. Deshalb brauchen wir eine bedarfsgerechte Personalbemessung in allen Krankenhäusern, freigestellte Praxisanleiter*innen und die Abkehr vom profitorientierten Gesundheitswesen.

500 Euro monatlich mehr – 12 Monate Laufzeit! Vorschläge zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Es reicht! Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, aber auch in den Kitas, den Bezirksämtern, bei der Stadtreinigung, in der Schiffahrt und viele weitere bei Bund und Kommunen – wir alle sind unverzichtbar.

von Christian Gajewsky, Krankenpfleger bei Vivantes Berlin

Die explodierenden Preise bedeuten, dass man sich kaum noch etwas extra leisten kann oder sogar, dass man kaum noch weiß, wie man bis zum Monatsende den Kühlschrank vollmachen soll (Lebensmittelpreise stiegen im Oktober um 20,4%!). Während der Corona-Pandemie wurden wir mit Lob überschüttet, doch von Applaus lebt es sich schlecht. Es wird Zeit, dass wir anständig entlohnt werden für eine Arbeit, die unverzichtbar ist! 500 Euro mehr pro Monat! Ver.di geht mit der Forderung nach 10,5% bzw mindestens 500 Euro mehr in die Tarifrunde. Dabei ist die Festgeldforderung nach 500 Euro bei zwölf Monaten Laufzeit zentral – für die meisten Kolleg*innen bedeutet das mehr als 10,5% - und das ist richtig und gut so. Durchsetzen lässt sich das mit einem konsequenten Arbeitskampf im Frühjahr 2023.

Vorbereitung
Möglichst viele Kolleg*innen sollten für die Gewerkschaft ver.di gewonnen werden. Nötig ist auch eine klare Haltung der ver.di-Führung – es darf keine schlechten Kompromisse, zu lange Laufzeiten oder Schönrechnerei geben. Die Forderungen stehen und sie sind Ernst gemeint – das muss den Arbeitgebern klar gemacht werden! Kolleg*innen sollten sich auch von unten vernetzen, um Druck auf die ver.di-Führung zu machen, damit es keine voreiligen Zugeständnisse gibt. Kolleg*innen an der Basis sollten in die Arbeitskampfplanung einbezogen sein und aktive Kolleg*innen regelmäßig zusammenkommen, um die Vorbereitung des Arbeitskampfes selbst in die Hand zu nehmen. Arbeitskampfleitungen, die rechenschaftspflichtig und abwählbar sind, sollten schnell gewählt werden. Betriebsübergreifende Streikdelegiertenkonferenzen auf Bezirks- und Bundesebene könnten demokratische Entscheidungen treffen. Im Streik selbst braucht es tägliche Streikversammlungen, gemeinsame Demonstrationen und Proteste.

Alle gemeinsam!
ver.di sollte schon jetzt eine Koordination mit anderen Tarifrunden organisieren. Denn nicht nur die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, sondern auch bei der Post und der Bahn stehen am Anfang des Jahres in Tarifauseinandersetzungen! Alles spricht dafür, dass wir alle gemeinsam eine starke Bewegung auf die Beine stellen können. Es reicht! Wir zahlen nicht für eure Krisen!

Impressum

Antiserum - Publikation der Sol für ein öffentliches Gesundheitswesen nach Bedarf, nicht nach Profit

Verantwortliche Redakteurin:
Angelika Teweleit
Herausgeber: Sol - Sozialistische Organisation Solidarität e.V., Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin
Webseite: www.solidaritaet.info
Tel: 030 / 247 238 02

Über Spenden freuen wir uns immer

Sol e.V. IBAN: DE95 4306 0967 1166 3694 00

Paypal: finanzen@solidaritaet.info - Betreff: Antiserum